



Abstimmungsvorlage vom 04.03.2018

Volksinitiative vom 11. Dezember 2015 «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren)

In Kürze

Die Initiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)» sieht vor, dass in Zukunft die Gebühren, die jeder Haushalt und jedes Unternehmen bezahlt, abgeschafft wird. Der Bund soll künftig keine Empfangsgebühren mehr erheben und keine Radio- und Fernsehstationen subventionieren dürfen und diese auch nicht in Friedenszeiten betreiben.

Hintergrund

Die Initiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)» wurde am 11.12.2015 mit 112'191 beglaubigten Unterschriften von freisinnigen, libertären und rechtskonservativen Junpolitikern beim Bund eingereicht. Die Initiantinnen und Initianten stossen sich daran, dass der Staat «Zwangsgebühren» für Radio und Fernsehen eintreibt. Sie verlangen die Abschaffung der Empfangsgebühren und den Verzicht auf Subventionen für Radio und Fernsehveranstalter.

Gemäss der geltenden Bestimmung ist der Bund zuständig für die Gesetzgebung im Bereich der elektronischen Medien und legt die Rahmenbedingungen fest. Im Zentrum steht dabei der Leistungsauftrag für Radio und Fernsehen. Dieser umfasst die Bereiche Bildung, kulturelle Entfaltung, freie Meinungsbildung und Unterhaltung. Radio und Fernsehen haben sachgerecht zu berichten und die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck zu bringen. Die SRG und 34 konzessionierte private Radio- und Fernsehveranstalter sind durch Empfangsgebühren sowie Werbung und/oder Sponsoring finanziert. Private Radioveranstalter erhalten nebst den Gebühren weitere finanzielle Unterstützung für die Verbreitung ihrer Radioprogramme in den Bergregionen.

In der Volksabstimmung vom 14. Juni 2015 über die Änderung des RTVG sprachen sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für einen Systemwechsel bei der Finanzierung des Service Public von Radio und Fernsehen aus. Die heute an ein betriebsbereites Gerät für Radio und Fernsehen geknüpfte Empfangsgebühr wird künftig durch eine geräteunabhängige Haushalts- und Unternehmensabgabe ersetzt. Die Umsetzung des neuen Finanzierungsmodells ist für 2019 geplant. Bei einer Annahme der Initiative würde der Systemwechsel entfallen.

Aktuell zahlt jeder Haushalt in der Schweiz CHF 451 für Radio- und Fernsehgebühren. Ab 2019 soll dieser Betrag auf CHF 365 reduziert werden. Gleichzeitig sollen künftig jedoch mehr Unternehmen zur Kasse gebeten werden.

Dokumente und Links

Bundesbeschluss vom 29. September 2017 (inkl. Initiativtext): <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/6237.pdf>

Botschaft des Bundesrats vom 19. Oktober 2016: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2016/8245.pdf>

Abstimmungsempfehlung

Die Initiative wurde vom Ständerat einstimmig und im Nationalrat mit 122 zu 42 Stimmen bei 15 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen. Auch der Bundesrat lehnt die Initiative ab.

Argumente

Pro Quelle: www.nobillag.ch	Kontra Quelle: www.nobillag-nein.ch , www.sendeschluss-nein.ch
<p>Mehr Entscheidungsfreiheit:</p> <ul style="list-style-type: none">• Radio- und Fernsehgebühren sind Zwangsgebühren, welche die Entscheidungsfreiheit jedes Einzelnen einschränken.• Alle sollen selber entscheiden können, wofür sie ihr Geld ausgeben.• Es gibt viele Menschen, die jeden Rappen umdrehen müssen und sich keinen Luxus leisten können. Gerade für diese Menschen ist die Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren vorteilhaft. <p>Entlastung für Unternehmen, Arbeitnehmer und Konsumenten:</p> <ul style="list-style-type: none">• Zu den grössten Verlierern der RTVG-Vorlage gehören die Unternehmen, die deutlich mehr zu Kasse gebeten werden.• Mehrbelastung von Unternehmen führt zu tieferen Löhnen und höheren Preisen• Unternehmen, Arbeitnehmer und Konsumenten würden mit der Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren entlastet. <p>Stärkung der Volkswirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none">• Mit der Initiative würde eine Kaufkraft von rund CHF 1.3 Mrd. für den Konsum freigesetzt.• Um diesen Konsum könnten sich neu alle Branchen und Unternehmen bewerben.	<p>Nein zum Angriff auf die Medienvielfalt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Ohne Gebühren sind weder die SRG, noch die regionalen Anbieter überlebensfähig.• Mit der Versteigerung der Konzessionen würden sich finanzkräftige Investoren den Medienmarkt Schweiz kaufen, um ihre Interessen durchzusetzen. <p>Nein zum Sendeschluss für Minderheiten</p> <ul style="list-style-type: none">• Radio- und Fernsehprogramme in der Westschweiz, dem Tessin und der rätoromanischen Schweiz müssten eingestellt werden. <p>Nein zum radikalen Angriff auf den Service public</p> <ul style="list-style-type: none">• Wird diese Initiative angenommen, gibt es nicht einfach einen abgespeckten medialen Service public mit tieferen Gebühren, sondern nur noch kommerzielle Radio- und Fernsehanbieter. <p>Nein zum Angriff auf die direkte Demokratie</p> <ul style="list-style-type: none">• Die No Billag-Initiative zerschlägt die heutige Radio- und Fernsehvielfalt und damit auch die unabhängige Information, welche für das Funktionieren unserer direkten Demokratie unverzichtbar ist. <p>Nein zu teurem Pay-TV</p> <ul style="list-style-type: none">• Ohne die SRG und die regionalen Sender wäre Pay-TV unumgänglich und unter dem Strich massiv teurer.